



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint vierteljährig Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Pettzeile 1,25 Mark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 27. April bis 3. Mai ist die Beitragsmarke in das mit 18 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Auf zur Maitfeier!

Die Arbeiterklasse wird in diesem Jahre am 1. Mai eine internationale Heerschau abhalten, die nach den langen Kriegsjahren die Grundsätze und Gedanken des Friedens wieder pflegen soll. Für die deutschen Arbeiter wird die Maitfeier dieses Mal eine erhöhte Bedeutung haben, weil wir den Sieg der Revolution über die finsternen Mächte der Reaktion feiern können.

Seit 1889 war der 1. Mai der Tag der internationalen Demonstration des Proletariats für Arbeiterschutz und Weltfrieden. Unsere Kundgebungen sollten den herrschenden Klassen ins Gewissen reden, die Sozialpolitik nicht zu vernachlässigen und eine ernste Friedenspolitik zu betreiben. Und sie sollten nicht minder den Indifferenten und Lauenen unter den Arbeitern selbst den Gedanken der Solidarität der Arbeit nahebringen, sie aufrufen zum organisierten Kampf für den Achtstundentag, für vermehrte Arbeiterschutz und für den Weltfrieden.

Die diesjährige Maitfeier wird für den deutschen Arbeiter eine Siegesfeier sein: Der Achtstundentag ist durch die Revolution in unserem Lande verwirklicht und die gesamte Sozialpolitik steht unter dem Einfluß der Arbeiter. Ihre eigenen Vertreter haben in der Regierung die ausschlaggebende Bedeutung, die zur wirksamen Förderung des Arbeiterschutzes nötig ist, und wir haben bereits eine ganze Anzahl von Verordnungen mit Gesetzeskraft durchgesetzt, die die Fesseln des alten Rechts den Arbeitern abnehmen und wichtige neue Rechte zur Durchführung bringen. Die Sicherstellung des Koalitionsrechts für alle Arbeitnehmer, die gesetzliche Anerkennung der Vertragsfähigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete des Arbeitsrechts zeigen den neuen sozialistischen Geist, der mit dem Siege der Revolution in die deutsche Regierung eingeht.

Auch außerhalb der deutschen Grenzen bereitete die Revolution eine soziale Umwälzung und den grundlegenden Fortschritt der Sozialpolitik vor. In Rußland und in Oesterreich-Ungarn hat die Revolution den Achtstundentag gebracht und alle Fesseln, die eine reaktionäre privilegierte Klasse dem arbeitenden Volke auferlegte, beseitigt. Die sozialistische Neugestaltung der Gesellschaft ist dort wie hier das große Problem, das alle beschäftigt. Die revolutionäre Zeit meldet sich selbst in den Ländern des siegreichen Imperialismus der Weststaaten; in Italien und Frankreich reden die Arbeiter eine deutsche Sprache. Schon meldet die Presse von einem Entgegenkommen der französischen Regierung in Sachen des Achtstundentages, dieselbe Regierung, die in den besetzten Gebieten den Achtstundentag der deutschen Revolution brutal aufhob. In England und Amerika marschiert der Achtstundentag ebenfalls, auch die neutralen Länder

sehen sich unter dem Druck der Arbeiter genötigt, den Normalarbeitstag des Proletariats anzuerkennen. Das ist der Sieg auf der ganzen Linie.

Nicht ganz so zuversichtlich ist das Problem des Weltfriedens zu beurteilen. Die Hoffnung der Arbeiter aller Länder, sie würden den lange drohenden Krieg verhindern und den Weltfrieden sichern können, wurde durch den Ausbruch des Weltkrieges zerrümmert. Während dieses schrecklichsten aller Kriege, der Irrsinn und Wahnsinn zum obersten Gesetz des menschlichen Handelns erhob und Verbreden auf Verbreden häufte, wurde die Idee des Völkerbundes zur neuen Hoffnung einer neuen Menschheit. Was das sozialistische Proletariat seit 1889 alljährlich am ersten Maittage stürmisch verlangt hatte, wurde selbst von den herrschenden Klassen aller Länder mehr oder weniger offen als die einzig möglich erscheinende Rettung anerkannt.

Selbst die Vertreter des siegreichen Imperialismus haben sich, unwillig zwar, schließlich mitreden lassen müssen. Lange genug haben sie in den Pariser Beratungen den Plänen des Präsidenten Wilson Widerstand geleistet, und auch heute noch besteht kein Zweifel darüber, daß insbesondere die herrschende Klasse Frankreichs den Völkerbund nur insoweit wünscht, als er ihr die Herrscherstellung zu sichern und die Gewalt über die besiegten Völker zu geben vermag. Der Entwurf, der aus den Beratungen in Paris hervorgegangen ist und der Welt mitgeteilt wurde, zeigt gar zu deutlich die Spuren eines machthungrigen Imperialismus.

Diese Satzungen eines Völkerbundes sind nicht geeignet, die Arbeiterklasse zu befriedigen. Sie sind noch völlig ungenügend und in ihrer bisher bekanntgegebenen Gestalt auch untüchtig, den Frieden der Welt zu sichern. Nur unter dem Einfluß der Arbeiterklasse wird ein Völkerbund entstehen können, der den wirklichen Frieden und an Stelle von Ausbeutung und Völkerhaß den Geist der Solidarität und Brüderliebe den aus tausenden Wunden blutenden Völkern bringt.

Daß die Arbeiter trotz der Wirren des Krieges diesen Geist noch pflegen, hat die internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern im Februar d. J. klar und deutlich gezeigt. Hier tagten zum ersten Male seit Ausbruch des Krieges Vertreter der Gewerkschaften beider kriegsführenden Gruppen und der Neutralen. Mein Wort der Zwietracht für die Verhandlungen, die zu einstimmig gefaßten Beschlüssen führten. Die Berner Gewerkschaftskonferenz forderte einen Völkerbund der Gerechtigkeit und des Rechts, einen Völkerbund der menschlichen Solidarität. Und sie forderte einen beschleunigten Ausbau der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung, der die Regeneration der Völker fördern und die erste internationale Grundlage für den Sozialismus als System der Weltwirtschaft schaffen soll.

Gerade diese Forderungen müssen wir bei der diesjährigen Maitfeier in den Vordergrund rücken. Die internationale Durchführung und Förderung

des Arbeiterschutzes wird um so mehr zum Brennpunkt der Arbeiterforderungen, je mehr unser Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung in den einzelnen Ländern steigt. Und der internationale Charakter der Maitfeier wird mit besonderer Schärfe dadurch unterstrichen, daß überall in der Welt, wo an diesem 1. Mai sich die Proletarier versammeln, der internationale Arbeiterschutz und der Völkerbund Gegenstand ihrer Beratungen und Forderungen wird.

Für uns in Deutschland bleibt noch die Ehrenpflicht, unserer in fremder Kriegsgefangenschaft schmachtenden Volksgenossen zu geben. Zur Sklavenarbeit hat der haßerfüllte französische Chauvinismus unsere Kriegsgefangenen verurteilt. Wir haben in Bern dagegen protestiert und von den Gewerkschaftsvertretern Frankreichs und Englands die Zusage erhalten, daß sie gegen diese brutale Verklabung unserer Kriegsgefangenen vorgehen werden. An dieses Versprechen müssen wir sie am 1. Mai, am Tage der Arbeit, erinnern und die Erwartung aussprechen, daß die Arbeiter Frankreichs und die Arbeiter Englands die Sklaverei bekämpfen, in die ihre herrschenden Klassen Angehörige unseres Volkes geschleppt haben.

Daß der 1. Mai in diesem Jahre überall in Deutschland durch Arbeitsruhe gefeiert wird, ist selbstverständlich. Heute hat das deutsche Proletariat die Macht, den 1. Mai zu einem Feiertag der Arbeit zu gestalten, und es muß von dieser Macht einmütig Gebrauch machen.

Daher, Arbeiter, Gewerkschafter, auf zur Maitfeier 1919. Sorgt dafür, daß dieser Tag zu einer machtvollen Kundgebung für den Völkerbund, den Weltfrieden, für Arbeiterschutz und Sozialismus in der ganzen Welt wird.

Die Generalkommission.

Aufgaben des Verbandes.

y. Die nächste Ganleiterkonferenz soll den Termin für den Verbandstag festsetzen, der in diesem Jahre in Frankfurt a. M. tagen soll. Diese Tagung wird sich von andern schon dadurch wesentlich unterscheiden, daß sie nicht wie bisher stundenlange Debatten über Festlegung und Staffellung der Beitragsätze und Ausbau der Unterstiftungseinrichtungen haben wird, obwohl dazu auch einiges aber im andern Sinne als sonst gesagt werden muß. Es werden diesmal nicht in der Hauptfache Klassenangelegenheiten sein dürfen, die die Delegierten beschäftigen und das Ressort des Hauptkassierers zum Mittelpunkt des Interesses machen. Auf den vergangenen Verbandsgeneralversammlungen hatten diese Beratungen durchaus hohen Wert und Zweck. Die Unterstiftungseinrichtungen bildeten das kräftigste Agitationsmittel. Mit hoher Unterstiftung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit gingen die Funktionäre auf den „Mitgliedschaften“, und die Versicherung gegen Wechselfälle auf dem Arbeitsmarkt war vielen Mitarbeitern im Gewerbe Grund zum Anschluß an die Organisation. Alle großen

Agitationsreden waren in der Regel nur Antwort auf die brennende Frage der Unorganisierten, was muß ich zahlen und was bekomme ich dafür. Der hohe ideale Wert des Zusammenschlusses wurde nur kurz gestreift. Dafür fand man bei den Kollegen und hauptsächlich Kolleginnen wenig Teilnahme. Diese Ziele des Verbandes und der Gewerkschaften überhaupt, die gerade in unserem Gewerbe Beschäftigten aus der gedankenlosen, eintönigen, oft nur rein mechanischen Arbeit zu denkenden, begreifenden, sich ihrer Klassenlage bewußten Arbeitern zu erheben, um so in Gemeinschaft mit anderen Gleichgesinnten ihren Teil am Leben, den reinen, edlen Freuden, zu fordern und zu erzwingen, blieben leider oft unberücksichtigt. Dafür blieb vorerst wenig Zeit. Zuerst einmal mußte die Masse zusammengebracht und -gehalten werden, und dann ging es an die Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen mit wechselvollem Erfolg. Der Verband, der die höchsten Unterstufungen zahlen und dabei noch einen guten Lohn bei verhältnismäßig kurzer Arbeitszeit garantieren konnte, schloß naturgemäß fast alle Beschäftigten seines Gewerbes zusammen, die nicht wenig stolz auf ihre Organisation waren. Sie waren bis zu einem gewissen Grade sichergestellt, bezahlten wohl hohe Beiträge, hatten aber auch etwas dafür. Ihren Einsatz holten sich viele wieder heraus.

So war es in vergangenen Zeiten, die noch nicht weit zurückliegen. Die heutigen Zeitumstände bedingen andere Menschen und andere Methoden. In unserer Verbandszeitung stand zu lesen, daß die Mitgliederzahl schon weit über den Friedensstand hinaus sei. Einzelne Zahlstellen berichten über glänzende agitatorische Erfolge, die Reise eines Gauleiters in seinem Bezirk bringt meistens gute Resultate. Er wird von Kollegen gerufen, die sich nie um den Verband gekümmert haben. Natürlich verlangen die neuen Mitglieder die Unterstützung des Verbandes zur Hebung ihrer bedrängten, oft traurigen Lage. Die hätten sie aber früher auch haben können, waren aber nur schwer zur Organisation zu bewegen, obwohl es ihnen schon damals recht erträglich ging. Ein Zwang zur Organisation besteht heute so wenig wie früher. Hier haben die Zeitumstände geholfen. Die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen wird gewährleistet, er darf sie, wenn er das erkennt, für sich nutzbringend anwenden. Er hat die achtstündige Arbeitszeit, um die so schwere Kämpfe geführt wurden, aber auch ohne den Verband. Kein Unternehmer darf ihn länger beschäftigen, ohne mit der Behörde in Konflikt zu kommen. Die Berufsangehörigen organisieren sich daher nur, um einen der heutigen Leuerungen entsprechenden Lohnausgleich zu finden. Sie können das tun, ohne Maßregelung zu befürchten, da ihnen volle Koalitionsfreiheit gewährt ist, und zwar gewährt nicht nur durch den Erlaß der Regierung, sondern auch durch den Geist der neuen Zeit, der in dem Streben aller Arbeiter nach menschenwürdigen Verhältnissen seinen Ausdruck findet. Darans erklären sich ebenfalls die Lohnbewegungen allerorts trotz der schlechten Konjunktur und der großen Arbeitslosigkeit, die in früheren „normalen“ Zeiten jede Bewegung von vornherein aussichtslos machten. Die Arbeiter erreichen jetzt nur durch die Solidarität, was früher durchaus abhängig war von der Lage des Arbeitsmarktes. Einen Bundesgenossen im Kampfe gegen die Gewerkschaften sind nämlich die Unternehmer los geworden: die traurige Figur des Streikbrechers. Durch die staatliche und kommunale Arbeitslosenunterstützung ist der sogenannte Arbeitswillige verschwunden. Kein Arbeiter braucht mehr von der Not gezwungen dem Unternehmer gefällig zu sein und so ein Verbrechen gegen sich selbst zu begehen. Staatliche und städtische Fürsorge schützt ihn vor größtem Not und völliger Verelendung. Endlich ist es so weit gekommen, daß die dazu berufenen Organe ihre Aufgaben übernehmen, die sie sonst den Gewerkschaften überlassen hatten. Selbstverständlich müßten bei der Verteilung der Lasten dafür die Unternehmer noch viel kräftiger herangezogen werden; denn nur für sie liegt das große Heer der Arbeitslosen bereit. Sie bestimmen durch ihre Produktionsweise den Arbeiter zur Arbeitslosigkeit, der ja nicht feiert, um sich einen blauen Tag zu machen, und der ihrem Mißbrauch Folge leisten muß, sofern sie ihm Arbeitsgelegenheit zu vorher vereinbarten Bedingungen bieten.

In unserem Verbands ist wieder die Frage über die zentrale tarifliche Regelung der Verhältnisse für die Hilfsarbeiter aufgeworfen worden, und man hat Vorkehrungen zu treffen geglaubt, nach dem Vorbilde des Buchdruckerartaris die gewerbliche Lage des Hilfspersonals zu legalisieren. Vorschläge dazu sollen in nächster Zeit erwartet, um von der Allgemeinheit dann besprochen, geprüft und eventuell abgeändert zu werden. Unser Verband legte in vielen Erklärungen immer Wert darauf, festzustellen, daß nur durch die gesicherte Existenzmöglichkeit des Hilfspersonals die ruhige Weiterentwicklung des Gewerbes verbürgt sei. Die Gegenseite hielt aber eine Bürgschaft des Hilfsarbeiterverbandes für unzureichend und glaubte ohne verpflichtende Bedingungen bessere Geschäfte zu machen. Nur da, wo es ihr genehm oder notwendig erschien, ließ sie sich zu einigen Zugeständnissen bereit, das heißt, bestimmt wurde das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und -nehmer stets durch die Stärke der Organisation. Das tarifliche Arbeitsverhältnis läßt sich eben nur erzwingen und wird dann Gesetz, wenn beide Teile glauben, daß eine andere Regelung, die vielleicht weniger drückt, verpflichtet, bindet, im Hinblick auf die Stärke des Gegners nicht möglich ist. Heute hat sich das Verhältnis der beiden Organisationen zueinander etwas geändert, einmal durch bessere Geschlossenheit des Hilfspersonals und dann infolge der für die Arbeiter allgemein günstigeren politischen Zustände. Allein die Beurteilung dieser Umstände wird unser Vorgehen und den Entschluß ansprechen, und dieselben Faktoren werden von den Unternehmern geprüft und ihre Geneigtheit oder Ablehnung bestimmen. Es heißt auch hier für beide Teile die Konjunktur ausnützen. Alle Unternehmer pflegen in den Verbänden der Arbeiter ihren natürlichen Feind und Widerpart zu sehen, und unsere Arbeitgeber machen davon keine Ausnahme. Man wird bei ihnen zwei Richtungen unterscheiden müssen. Sie sind entweder kurz ablehnend, betonen ihren Charakter als Herren im Betriebe oder zeigen sich mehr entgegenkommend, sind vielleicht zu Zugeständnissen bereit und immer verhandlungsfreundlich. Diese sind die Klügleren, sie wollen gern etwas bewilligen, nehmen aber dafür auch, wo sie können und unsere Verhandler nicht aufpassen. Voraussetzung für die Bereitwilligkeit zu Verhandlungen mit Vertretern des Verbandes ist natürlich immer ein gut organisiertes Hilfspersonal. Sonst „einigen“ sie sich lieber mit ihrem Personal selber und verbeten sich jede fremde Einmischung. Jetzt werden sie höchstwahrscheinlich für den Verband zu sprechen sein, wenn sie vielleicht auch nur sagen werden, daß unsere Forderungen ungebührlich hohe sind und das Gewerbe durch diese Lohnsätze zugrunde gerichtet wird. Die Mitglieder erwarten aber zur Stunde von ihrer Organisation eine energische Durchführung und Vertretung von Forderungen, die im Verhältnis zur bestehenden ungeheuerlichen Notlage durchaus berechtigt sind. Dabei kommt es nicht so sehr darauf an, wie d. h. in welcher Form und Umfassung, sondern daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine durchgreifende, für die Hilfsarbeiter notwendige, ihrer schweren und aufreibenden Tätigkeit entsprechende Regelung erfahren. Natürlich können die getroffenen Vereinbarungen, sofern sie für das ganze Reich Geltung haben, auch Tarif heißen und hundert Paragraphen aufweisen, es ist sogar gut, wenn für eine bestimmte Zeit beide Teile gehalten sind, die getroffenen Abmachungen zu respektieren und ein Gesetz besteht, nach dem Recht gesprochen werden kann. Aber unsere traurigen Erfahrungen haben uns vorsichtig gemacht, und deshalb werden unsere Mitglieder doppelt auf der Hut sein und sich eventuelle Gegenvorschläge der Prinzipale sehr genau ansehen müssen.

Die Ueberwachung und Verbesserung der beruflichen Verhältnisse unserer Mitglieder wird immer Hauptaufgabe des Verbandes sein. Durch die Entlastung auf dem Gebiete des Unterstützungswesens können aber Kräfte frei gemacht werden für die gewerkschaftliche Schulung der Organisierten. Tausende der neu Zugekommenen sehen in dem Verband eben nur ein Mittel, ihre gewerbliche Lage zu verbessern. Und doch soll der Zusammenschluß nicht allein und ausschließlich diesem Zwecke dienen. Die mancherlei verworrenen Ansichten über Aufgaben des Verbandes bedürfen bringend der Klärung. Es ist bezeichnend in der Arbeiter-

bewegung überhaupt, daß der intelligente Arbeiter der Organisation viel leichter zugänglich ist als der weniger denkende. Jener kommt eher zur Erkenntnis seiner Klassenlage, die zu verbessern und erträglich zu gestalten ihm die Gewerkschaft als bestes Mittel erscheint. Außerdem verschließt er sich nicht der Notwendigkeit, für seine schlechter gestellten Kollegen helfend einzutreten. Schließlich will ja der Verband für diejenigen, die aus eigener Kraft sich nicht helfen können, Helfer und Berater sein. Eine kleine Obersicht in jedem Berufe wird bis zu einem gewissen Grade bei seiner Erwerbstätigkeit auf gewerkschaftliche Hilfe verzichten können. Und gerade diesem Kreise Angehörige werden oft den Organisationsgedanken am meisten propagieren und ohne festen kollegialen Zusammenhalt nicht auskommen wollen. Junge Mitglieber müssen, was jeder Gewerkschafter weiß, erst gefestigt werden. Wir haben sie jetzt in großer Zahl, dem Verband kann es nicht genügen, daß er so und soviel Tausende augenblicklich zu seinen Mitgliedern zählt, weil sie einige Beiträge bezahlt haben, er muß sie nun wirklich gewinnen und ihnen klar machen, daß viele der Kollegen und Kolleginnen für sie jahre-, ja jahrzehntelang fleißig und ungedacht aller Mühen und Opfer gearbeitet haben, nicht zuerst an sich denken, sondern die oft traurige Lage ihrer Kollegen und Kolleginnen verbessern wollten. Sinn und Idee der Gewerkschaft muß allen Angehörigen klar gemacht werden. Dazu müssen Mittel in erster Linie bereit gestellt werden. Wie und auf welchem Wege hier vorgegangen werden muß, wird eine dankbare Aufgabe für manchen Kollegen sein. Auf keinen Fall darf diese Arbeit in unseren Reihen vernachlässigt werden. Ihr Resultat ist ein Gewinn für uns selbst und bringt uns die Kräfte, von denen wir nicht im Ueberfluß haben.

Konferenz der Vertreter der Verbandsverbände.

Am 1., 2. und 3. April 1919 tagte in Berlin eine Konferenz der Vertreter der Verbandsverbände, die sich mit einer Reihe wichtiger gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Fragen zu beschäftigen hatte.

Der schriftlich vorliegende Bericht der Generalkommission für das Jahr 1918 wurde durch Begleit in mehreren Punkten ergänzt. Er behandelt die Wirksamkeit der Generalkommission für die Sozialpolitik und Demokratisierung des preußischen Wahlrechts, für die gesetzliche Regelung des kollektiven Arbeitsvertrags, für das Arbeitsammergesetz und für die Demobilisierung, sowie besonders die Schaffung der Arbeitsgemeinschaft der gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbände und über die gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrag. Dem Bericht sind ferner die Berichte der Kommission des Korrespondenzblattes, des Arbeiterinnensekretariats, des Zentralarbeitersekretariats und der Sozialpolitischen Abteilung beigegeben. Die mündlichen Ausführungen Legiens erstreckten sich insbesondere auf die Tagung des Gewerkschaftskongresses in Nürnberg, auf die Schaffung des „Gewerkschaftlichen Nachrichtendienstes“ auf die Beiseitigung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung, auf die Aufstellung von Grundsätzen über den gewerkschaftlichen Charakter von Berufsorganisationen, auf den Schiedsspruch über Differenzen zwischen den Verbänden der Bäcker und der Fabrikarbeiter, auf die Errichtung von Arbeitersekretariaten und die Anstellung von Gewerkschaftssekretären, auf die Mailfeier und auf das Wannheimer Abkommen mit der Sozialdemokratischen Partei, sowie auf die Anstellung eines Sekretärs in der Generalkommission.

Kube erörterte die finanzielle Lage der Generalkommission und die wachsenden Ausgaben derselben, die auch bei den günstigsten Ausblicken der allgemeinen Gewerkschaftsentwicklung wahrscheinlich zu einer Neuregelung der Finanzen der Generalkommission führen werden. Er gebent mit warmen Worten der verstorbenen Genossin Paula Thibe, der langjährigen Revisorin der Generalkommission. In der Debatte gab Leypart recht instruktive Einblicke in den praktischen Aufbau und Ausbau der Arbeitsgemeinschaften. Er regte ferner geeignete Schritte hinsichtlich der fortgesetzten Er-

höhung der Papierpreise an, um die der Tagespresse zugewendete Reichsunterstützung auch der Gewerkschaftspresse zuzuwenden.

In der durch Schiedspruch entschiedenen Differenz zwischen den Verbänden der Bäcker und Fabrikarbeiter erkannte die Vorstandskonferenz den Schiedspruch als zu recht bestehend an und erachtete die vom Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes an dem Schiedspruch geübte Kritik nicht als einen Einspruch im Sinne des Gewerkschaftsregulativs.

Angeichts der wiederholten politischen Massenstreiks wiederholte die Konferenz den Beschluß der Vorstandskonferenz vom 1. Februar 1918, wonach bei politischen Ausständen Gewerkschaftsunterstützung in keiner Form gezahlt werden soll.

Einschließlich der Gewerkschaftsangehörigen, die ein parlamentarisches Mandat ausüben, war die Konferenz der Meinung, daß die Gewerkschaften berechtigt sind, Gehaltsabzüge vorzunehmen, sofern für diese Angestellten Hilfskräfte eingestellt werden müssen.

Die Stellungnahme zu den Beamtenorganisationen war für die Konferenz geboten infolge der sich häufigen Anforderungen auf Gründung neuer Beamtenorganisationen. Auf die Anfrage der Generalkommission erklärten sich die Leitungen der Beamtenorganisationen, die sich zu einem deutschen Beamtenbund zusammengeschlossen haben, bereit, diesen Bund und ihre Organisationen auf den Boden gewerkschaftlicher Grundsätze zu stellen. Das soll geschehen durch die Aufnahme von Satzungen, in denen zur Erreichung ihrer wirtschaftlichen Zwecke von allen gesetzlichen Mitteln Gebrauch gemacht werden soll und organisatorische Einrichtungen zur Unterstützung der Mitglieder in vor kommenden Streitfällen getroffen werden sollen. Ferner soll auch die Solidarität mit der übrigen Arbeitnehmererschaft betont werden. Die Konferenz erklärt, daß, so bald die wirtschaftlichen Beamtenorganisationen sich im Sinne der dargelegten Grundsätze auf gewerkschaftlichen Boden stellen, die Gewerkschaften keine Ursache haben, diese gewerkschaftliche Entwicklung in Kreisen der Beamenschaft durch gewerkschaftliche Neugründungen zu stören.

Die für das Jahr 1920 geplante allgemeine Statistik der Arbeitszeit und Löhne wird um ein Jahr hinausgeschoben. Dagegen soll neben der Statistik der Lohnbewegungen und Streiks ohne Feststellung der seit dem November 1918 erreichten Arbeitszeitverkürzungen und Lohnhöhungen vorgenommen werden.

Sodann stimmte die Konferenz dem Anschluß des Polizeibundes, des Braunschweig (7500 Mitglieder), und des Zentralverbandes der Schornsteinfegergehilfen, des Berlin (1200 Mitglieder), an die Generalkommission zu, während der Anschluß des Bundes der Stallhelfer abgelehnt wurde. Dem Anschluß des Zentralverbandes der Film- und Kinoangestellten wurde grundsätzlich zugestimmt unter der Voraussetzung, daß die mit der Filmfabrikation nicht unmittelbar verbundenen Handlungsgehilfen und Musiker von diesem Verband nicht aufgenommen werden, daß ein Druck zum Uebertritt auf die ihren Berufsverbänden angehörenden Handwerker nicht ausgeübt, der Uebertritt ihnen aber freigestellt wird und daß eine Vereinbarung mit dem Verband der Lithographen hinsichtlich der in der Filmfabrikation beschäftigten Lithographen erfolgt. Die Vorstandsvertreter des Zentralverbandes der Film- und Kinoangestellten stimmten diesen Bedingungen gleichfalls zu.

Zur Feier des 1. Mai soll die Generalkommission einen Aufruf erlassen.

Die Kosten der Arbeitsgemeinschaft sollen von den beiderseitigen Zentralstellen getragen werden.

Der Wunsch nach Kommunalisierung der Arbeitersekretariate soll auf einer gelegentlich des Gewerkschaftskongresses zu berufenden Konferenz der Arbeitersekretäre erörtert und dann dem Kongress entsprechende Vorschläge gemacht werden. Der Anstellung eines Beamten für die Agitationskommission für Rheinland-Westfalen auf Kosten der Generalkommission wurde zugestimmt.

Die an der Arbeitsgemeinschaft der gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände Deutschlands beteiligten Arbeitnehmerverbände haben sich auf die Aufstellung von Grundsätzen über die Zusammensetzung, Leitung, Zweck und Mittel

der Vereinigungen, die als Arbeitnehmergewerkchaften gelten wollen, geeinigt.

Sodann wurde die Anstellung eines weiteren Beamten für die laufenden Geschäfte der Generalkommission beschlossen. Den leitenden Beamten und Angestellten der Generalkommission wurde eine Teuerungszulage von 150 Mk. den Hilfsarbeitern und Hilfsarbeiterinnen 100 Mk. monatlich ab 1. Januar ds. J. gewährt. Auch die Diäten der Generalkommission erfahren eine den Teuerungsverhältnissen entsprechende Aufbesserung. Dem Kassierer der Generalkommission wurde Techarge erteilt.

Den zweiten Teil des Berichts der Generalkommission bildete ein Referat Legiens über Verhandlungen mit der Regierung und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die die geplante Aufrechterhaltung der Arbeiterräte und ihre Einfügung in die Gesetzgebung zum Gegenstand hatten. Danach sollen die Arbeiterräte als wirtschaftliche Interessenvertretungen anerkannt und in der Verfassung verankert werden. Es sollen Betriebsarbeiter- und Angestelltenräte zur Mitwirkung bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse geschaffen werden, weiter Bezirksräte und ein Zentralrat zur Mitwirkung bei der Sozialisierung. Der Redner bezeichnet diese Lösung als eine Enttäuschung der Arbeiter, die von den Räten politische Aufgaben erwarten und als nachteilig für das Wirken der Gewerkschaften und der Arbeitsgemeinschaften. Da auch in der Generalkommission in dieser Frage eine einheitliche Auffassung nicht bestünde, so gab der Redner anheim, aus der Konferenz eine einheitlich zusammengesetzte Kommission zu wählen, die der Reichsregierung gegenüber den Standpunkt der Gewerkschaften zum Ausdruck zu bringen habe. Im Verlauf der Debatte, in der sowohl Redner für als auch solche gegen das Räte-system zum Wort kamen, machte Siebel den Vorschlag, eine Studienkommission einzusetzen, die die organisatorischen Wirkungen des Räte-systems prüft und geeignete Vorschläge machen sollte. Diepart war der Meinung, daß die Prüfung dieser Frage ohnehin zu den Aufgaben der von der vorigen Vorstandskonferenz eingesetzten Verfassungskommission gehöre.

In den weiteren Erörterungen riet ein Redner, den lokalen Arbeiterräten neben ihren weitgehenden Aufgaben zugleich die der Gewerkschaftsartelle zu übertragen, während Janison sich eingehend über den Charakter und die Wirksamkeit der Arbeiterräte in Rußland verbreitete und nachwies, daß diese nichts anderes als Organe der Diktatur des Proletariats sein wollen und sein können. Wir haben zu wählen zwischen Parlamentarismus und Räte-system, zwischen Demokratie und Diktatur. Die Konferenz kam zu dem Ergebnis, der Verfassungskommission die Vorberatung der Rätefrage zu übertragen, die für die nächste Vorstandskonferenz geeignete Vorschläge machen soll.

Ueber eine Resolution des Vertreters der Kurhener, Regge, die gegen die Verhängung des Belagerungszustandes im Ruhrrevier und Stuttgart, sowie gegen die Einschränkung des heiligsten Rechts der Revolution protestiert, ging die Konferenz zur Tagesordnung über.

Nach einigen Mitteilungen Legiens über die Frage der internationalen Konferenz der Gewerkschaften wurde die Konferenz geschlossen.

Korrespondenzen.

Dresden. Am 27. März fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Zu Punkt 1 der Tagesordnung: „Die am 31. März ablaufende Zahlungsperiode der am 1. Januar gewährten Teuerungszulagen und wie erhalten wir uns dieselben?“ nahm Kollege Herrmann das Wort. Eingehend auf den bekannten Hergang und die Opposition der Prinzipale, welche letztere soweit führte, daß 15 Firmen beim Gewerbeschiedsgericht von der Teuerungszulage verklagt werden mußten, besangte eine berartige Behandlung dieser Angelegenheit wieder einmal erneut die reaktionäre Gesinnung gewisser Dresdener Druckereibesitzer. Erst die Verordnung des Reichsbemobilmachungskommissars Dr. Dehne mit ihrer hohen Strafandrohung verfehlte ihre Wirkung nicht und machte den Widersachern klar, daß sie gesetzlich verpflichtet sind, nunmehr reiflos zu zahlen. Die hierbei befolgte Sinauschiebungspolitik der Unternehmer nicht

wunsch, da das Hilfspersonal in fraglichen Kreisen gut organisiert war und die tatsächliche Führung des Kampfes alle Maßnahmen der Gegner geschickt und rechtzeitig zu parieren verstand. Redner erwoh in seinen Ausführungen eingehend die Situation, wie sie sich nach dem 31. März gestalten werde. Er betonte, daß die gegenwärtigen Zeit- und Teuerungsverhältnisse, die sich seit 1. Januar in nichts geändert, im Gegenteil sogar verschlimmert hätten, einen Vorzicht auf viele Teuerungszulagen ausschließen. Da die Gehilfen vorläufig noch bis zum 31. August im Genuß der Zulagen bleiben, können dem geringer entlohnten Hilfspersonal diese erst recht nicht entzogen werden. Es müsse demnach unser Bestreben sein, energisch unsere Forderungen zu vertreten und gleich der Gehilfenerschaft für die Weitergewährung bis zu demselben Zeitpunkt einzutreten. In der Diskussion ergänzte zunächst Kollege Süntherhaus die Ausführungen des Vorredners und betonte die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation, vermöge deren es nur möglich sei, die der Arbeiterschaft noch vorzujubelnden Ideale zu erreichen. Die Revolution habe dafür gesorgt, daß die Rechtlosigkeit und das frühere sflawische Unteranenverhältnis zwischen Kapital und Arbeit beseitigt wurde und die freie Entfaltung der Arbeiterschaft in wirtschaftlicher und politischer Beziehung gesichert sei. Kollege Barthel geißelte den Subdifferenzismus und die verdamnte Bedürfnislosigkeit des Dresdener Hilfspersonals und wünschte mehr gewerkschaftliche und politische Aufklärung. Kollege Hamann wies auf den verbildlichen Verhältnisse im Bauarbeiterverband hin und empfahl in gewissen Fällen die Anwendung eines gelinden Terrorismus. Folgende Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen:

„Das am 27. März versammelte Buchdruckhilfspersonal Dresdens erwartet von den Arbeitgebern des Buchdruckgewerbes, daß sie die durch Verordnung des Reichsbemobilmachungskommissars festgesetzte Teuerungszulage auch über den 31. März hinaus bis zu einer anderweitigen Regelung weiterzahlen. Die Teuerungsverhältnisse, die Veranlassung zu dieser Maßnahme waren, sind auch jetzt noch die gleich hohen und werden sich in Zukunft noch spürbarer machen. Ein etwaiger Abzug aber würde die Leistungsfähigkeit des Hilfspersonals sowie deren Arbeitslust vermindern. Deshalb appellieren die Versammelten an die soziale Einsicht der Prinzipale, diesem Gesuchen Rechnung tragen zu wollen, um auch fernerhin den Frieden im Gewerbe zu erhalten. Des weiteren erachten es die Versammelten als eine dringende Aufgabe, in kürzester Zeit durch eine Kommission von Arbeitgebern und -nehmern Minimallohnsätze für das Buchdruckhilfspersonal Groß-Dresdens festzusetzen, um die sich bemerkbar machende Lohn-drückerei einzelner Arbeitgeber zu unterbinden. Ebenso befehrt die Arbeitsnachweisfrage einer baldigen Regelung.“

Im zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die Entlohnung des Dresdener Druckereihilfspersonals, und wie ist sie zu verbessern?“ bemerkte Kollege Herrmann, daß Dresden in bezug auf die Entlohnung und den örtlichen Verhältnissen entsprechend weit unten stehe. Dieser beklagenswerte Umstand habe seinen Hauptgrund in der immer noch lückenhaften Organisation. Der neue Zeitgeist hat keine Wirkung aber nicht verfehlt, die Einsicht dümmert überall, und seit kurzer Zeit können wir mit 1000 Mitgliedern rechnen. Namentlich im Steinbrudgewerbe seien in Dresden unhaltbare Zustände. Die Löhne des Hilfspersonals differieren hier teilweise sogar um das Doppelte, so daß eine Tarifizierung nur beiden Teilen zum Vorteil gereichen könne. Dabei ist mit zu beachten, daß die Verteuerung des Papiers und der sonstigen Gebrauchsmaterialien im Buchdruck dieselbe sei und dennoch in diesem Gewerbe jederzeit höhere Löhne gezahlt wurden wie im Steinbrud. Erst in einer letzten Truderei-Versammlung bei der Firma Sch. u. N. habe Redner mit Erstaunen konstatiert, daß dort noch Löhne von 16,— Mk. bei 30-jähriger Tätigkeit im Betriebe gezahlt werden. Bei der Bekanntgabe dieser kaum glaubwürdigen Tatsache brach in der Versammlung ein Entrüstungssturm los. Eine ehemalige Hofdruckerei hatte ihrem Steinbrudhilfspersonal, und zwar den Schleifern 3 Mk., den Anlegern 1 Mk. und den Wagenführern 50 Pf. huldvollst gewährt. Auch die Firma A. u. Co. zahlt ihrem Hilfspersonal noch 6 bis 8 Mk. mindere Löhne, als der Truderschmitt beträgt. Weitere Ausführungen hierzu sollen wegen Raummangel unterbleiben. Die angeführten Tatsachen beweisen genügend, wie gewisse Unternehmer in räufischloser Weise verfahren, wenn ihr Profit gefährdet erscheint. Der Wunsch des Vortragenden ging dahin, jederzeit bereit auf eine Hebung der wirtschaftlichen Lage des arbeitenden Volkes bedacht zu sein und unabhängig an der Erstarkung der

Organisation zu arbeiten. Auch hierzu war die Diskussion ziemlich reger. Kollege Barthel betonte, daß von einem Abbau der Löhne keine Rede sein könne, bevor die Preise der notwendigen Lebensmittel nicht herabgesetzt würden. Andere Redner beschäftigten sich mit der jetzigen Schreibweise der „Dresdener Volkszeitung“, die sich im Verlauf des Krieges bedeutend geändert, so daß sie nicht immer den Ansichten und politischen Wünschen der Arbeiterschaft entspricht. Unter Gewerkschaftlichem wurde bekannt gegeben, daß die Druckereien, wo nach dem 31. März die Feuerungszulagen nicht weitergezahlt werden sollten, sofort im Bureau gemeldet werden sollen. Zum Schluß wies Kollege Sanderhaus auf den nächsten Tagabend hin und erbat um zahlreichen Besuch, worauf die Versammlung ihr Ende fand.

Frankfurt a. M. Mitgliederversammlung am 18. März. Diese Trauer sprach aus den warm empfundenen Worten des Kollegen Maß in seinem Nachruf für Kollegin Thiede. Die Mitglieder ehrten stehend das Andenken an die Verstorbene, und das Selbstbildnis, in ihrem Geiste weiter zu arbeiten, das die Versammelten erst und jetzt zum Ausdruck brachten, wird das beste Denkmal für unsere Verbandsvorsitzende sein, die der Tod für viele Kollegen und Kolleginnen so plötzlich, für alle aber zu früh von uns genommen hat. Die Verhandlungen über die Feuerungszulagen nahmen nach dem Bericht des Vorleiters in den letzten Wochen weiter ihren Fortgang. Da in allen Buchdruckereien die erhöhten Sätze dank der Entschlossenheit der Gehilfen und Hilfsarbeiter schon seit Januar gezahlt werden, müssen jetzt nur die Steindruckbetriebe bearbeitet werden. Die dort Beschäftigten rühren sich kräftig, und überall da, wo die Organisation eingriff, kam es zu einem zufriedenstellenden Abschluß. Die erreichten Sätze entsprechen durchweg den Forderungen der dort beschäftigten Mitglieder. Alle diese Betriebe sind gut organisiert, und die Unternehmer sorgen schon dafür, daß dieses Verhältnis bestehen bleibt, da sie meistens im Vertrag einen bestimmten Termin, einen möglichst kurzfristigen, festgelegt wissen wollen, an dem dann neue Verhandlungen über eine eventuelle Erhöhung der Zulagen stattfinden sollen. So müssen die Mitglieder ständig auf der Hut sein. Nicht überall haben sich die Hilfsarbeiter dem Zuge der neuen Zeit angepaßt. In einem Betriebe wollen sie aufscheinen von der achtstündigen Arbeitszeit nichts wissen. Sie arbeiten dort in Neberrunden bis zur Nacht, ja Nächte hindurch, ohne sogar einen Extrazuschlag für die Nacharbeit zu verlangen. Dabei sind dort die Sätze viel niedriger als in anderen Frankfurter Betrieben. Der Verband kann natürlich derartige Zustände nicht dulden und wird daher sehr energig gegen diesen Betrieb vorgehen, der ein schlechtes Beispiel für die Unternehmer am Orte gibt. Die Prinzipale im Buchdruckerverbe, zum Teil auch im Steindruck, hatten in Gemeinschaft mit den Gehilfen und Hilfsarbeitern um Genehmigung zur Verlängerung der hier vom Arbeiterrat festgesetzten sechsstündigen Arbeitszeit auf acht Stunden nachgesucht. Sie wurde für eine bestimmte Frist erteilt, die nun aber abgelaufen war. Von 80 in Betracht kommenden Firmen erhielten neuerdings 68 die Berechtigung, ihre Arbeiter acht Stunden zu beschäftigen. Bei verkürzter Arbeitszeit haben die in Betracht kommenden Betriebe einen bestimmten Teil des Lohnausfalles zu tragen. Am 1. April wird der paritätische Arbeitsnachweis für das gesamte graphische Gewerbe hier eröffnet werden. Die Arbeitnehmer stellen den Nachweis und haben jederzeit das Kontrollrecht über die Arbeitsvermittlung. Kein Unternehmer darf den Nachweis umgehen. Es ist verboten, in den Zeitungen nach Arbeitskräften zu inserieren. Die Mitglieder dürfen nicht wegen Arbeit in den Betrieben nachfragen. Die Auszahlung der Unterstützungen findet nach wie vor für unsere Mitglieder im Bureau statt. Die Beschlüsse der Tarifauschussführung in Berlin nahmen die Mitglieder beifällig an. In der Aussprache wurden Zweifel über das Zustandekommen eines Reichstariffes laut. Die berechtigten Forderungen des Hilfspersonal mühten unbedingt Geltung finden. Von der Berliner Kommission wird eine entsprechende Vorlage erwartet. Zu dem noch in diesem Jahre in Frankfurt a. M. stattfindenden Verbandstag versprechen die Mitglieder eifrig zu rufen. Einige dahin gehende Anträge fanden einstimmige Annahme. In Zukunft soll durch Beschäftigung der Museen und städtischen Einrichtungen unter sachkundiger Leitung dem Bildungsbedürfnis mehr Rechnung getragen werden.

Leipzig. Am 31. März fand eine mäßig besuchte Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende vom Agitationskomitee, Kollege Kretschmar, eröffnete die Versammlung und gedachte in längeren Ausführungen der Tätigkeit der verstorbenen Verbands-

vorsitzenden, Kollegin Paula Thiede, welche sich außerordentliche Verdienste um die Hilfsarbeiterschaft Deutschlands erworben hat. Er forderte die Anwesenden auf, im Sinne der Verstorbenen weiter zu wirken, um das auszubauen, was der Verstorbenen nicht mehr möglich war. Ferner gedachte er des am Orte verstorbenen Kollegen Bernhard Glas sowie der Kollegin Hildegard Liebmann. Die Versammelten ehrten die Verstorbenen in der üblichen Weise. Neben die Sozialisierung der Volkswirtschaft referierte Genosse E. Frenzel in anderthalbstündigen klaren und leichtverständlichen Ausführungen, die mit Beifall aufgenommen wurden. Sodann gab Kollege Behrendt bekannt, daß unser Verband erfreulicherweise bedeutenden Aufschwung genommen hat, so daß der Friebeinstand der Mitgliederzahl überholt ist. Am Ende des vorigen Quartals konnten 6000 neue Mitglieder gebucht werden. Berlin und Leipzig stehen im Vordergrund. Nicht nur die Revolution hat uns den erfreulichen Aufschwung gebracht, sondern die Feuerungszulagenbewegungen haben den meisten die Augen geöffnet. Die Indifferenten haben sich überzeugen lassen müssen, daß sie ohne die Organisation die Löhne nicht vorwärts bringen. Gibt es einzelne Betriebe, die noch Löhne von 36 Mk. für Anlegerinnen zahlen, so stehen denen gut organisierte Betriebe mit Löhnen von 41.— bis 45.— Mk. gegenüber. Da nun auch die Hilfsarbeiterschaft im Steindruck sich der Organisation angeschlossen hat, so stellen wir Lohnforderungen in den einzelnen Betrieben. Gefordert wurden 6.— Mk. für Mänliche, 5.— Mk. für Weibliche und 3.— Mk. für Jugendliche. Dort, wo man genau den Weisungen der Leitung folgte, konnte alles erreicht werden. Wenn der Generalstreik nicht eingetreten wäre, so wären wir vielleicht mit der Lohnbewegung im Steindruckgewerbe schon fertig. Sodann streifte Kollege Behrendt die Tariffrage. Wenn vor einiger Zeit die Wellen etwas hoch gingen, so sei jetzt größte Ruhe eingetreten; er hofft, daß baldigst eine Konferenz in dieser Sache stattfinden möge. Weiter wurde bekannt gegeben, daß etwaige Lohnreduzierungsversuche am 31. März oder später energig abgewiesen werden müßten. Die Kosten der Lebenshaltung steigen. Wo derartige Versuche sich bemerkbar machen, sei der Lohn unter Vorbehalt anzunehmen und Meldung im Bureau zu erstatten. Das Weitere wird sich dann finden. Bei Abschluß einer Lebensversicherung soll man der Volksfürsorge gedenken. Nachdem Kollege Kretschmar noch auf die Wahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat aufmerksam gemacht hatte, fand die Versammlung ihr Ende.

Dänabrück. Am 28. März fand unsere sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt, um den Bericht von der am demselben Tage stattgefundenen Verhandlung vor dem Schlichtungsanschuß betreffs Bezahlung der Feuerungszulagen entgegen zu nehmen. Kollege Spatz, der zu den Verhandlungen geladen war, erläuterte den Gang der Verhandlungen. Zwei Firmen hatten an den Schlichtungsanschuß geschrieben, daß am nächsten Sonntag die Zulagen nachgezahlt werden. Mit den anderen erschienenen Firmen fand eine Aussprache statt, in der dieselbe Zusage gemacht wurde. Es liegt nun an den Kolleginnen, daß sie am kommenden Sonntag sich genau ausrechnen, wieviel sie seit dem 1. Januar zu bekommen haben und demgemäß auch ihr Recht verlangen. Daß diese Zulagen nicht schon eher bezahlt wurden, liegt nur daran, weil sich die Kolleginnen so spät auf ihre Rechte besonnen haben. Deshalb ist es jetzt um so notwendiger, fest zusammenzuhalten und alle noch fernstehenden Kolleginnen der Organisation zuzuführen. Erst dann kann das Errungene gehalten und noch weiter ausgebaut werden. Trotz der jetzt bewilligten Zulage ist der Lohn noch so niedrig, und es ist unbedingt notwendig, Verbesserungen zu erstreben. Dazu gehört aber eine starke Organisation. Viele Kolleginnen stehen noch abseits und müssen herangezogen werden. Kollege Steinbacher schloß sich diesen Ausführungen an und ermahnte die Erschienenen zu reger Mitarbeit. Nachdem noch Kollege Erwin Baranowski zum Vorsitzenden sowie eine Kollegin zur Kartellbelegierten gewählt war und einige Aufnahmen vollzogen wurden, schloß Kollege Steinbacher die Versammlung.

Worms a. Rh. Nachdem bereits vor dem Kriege Ansätze zur Gründung einer Zahlstelle des Verbandes vorhanden waren, ist es nunmehr gelungen, eine solche zu gründen. Drei Kollegen und zwölf Kolleginnen gehören bereits der Organisation an. Weitere Aufnahmen sind zu erwarten. In einer Versammlung Ende Dezember 1918 bildete sich nach einem Referat des Kollegen Kolb vom Verbands der Deutschen Buchdrucker ein aus folgenden Personen bestehender Vorstand: Kollege Heinrich Decker, Vorsitzender; Kollege Heinrich

Sorn, Kassierer; Kollegin Leonore Bey, Schriftführerin. Zur Revision wurde die Kollegin Anna Köpp gewählt. — Die Gründung der Zahlstelle ist deshalb sehr erfreulich, weil gerade hier am Orte verschiedene Druckereien bestehen, die bisher unter der Fahne des Wormser Biederföhrig Freiherrn v. Heß dienten, der ein feindtätiges Organisationsgebilde ist. Auch hier hat die Umwälzung Gutes gewirkt, hoffentlich von Dauer.

Hundschau.

Arbeitskleidung steuerfrei, Gewerkschaftsbeiträge nicht. Die Generalkommission richtete am 8. März an das Preussische Finanzministerium das Ersuchen, die Steuerbehörden anzuweisen, daß von dem zu veranlagenden Einkommen der Arbeiter Abzüge in Höhe der Ausgaben für Arbeitsbekleidung und für Gewerkschaftsbeiträge zulässig sind. Der Finanzminister hat auf die Eingabe unter dem 19. März folgenden Bescheid erteilt:

„Die Mehrkosten, d. h. die über den persönlichen außerberuflichen Bedarf hinausgehenden Kosten, die den Arbeitern mit Rücksicht auf ihre besondere berufliche Tätigkeit für Arbeitskleidung erwachsen, sind als „Werbungskosten“ nach § 8 I des Einkommensteuergesetzes vom Roh Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung abzugsfähig. Die Steuerbehörden sind seitens des Finanzministers mehrfach auf angemessene Berücksichtigung dieser Abzüge hingewiesen worden, und ich darf annehmen, daß im allgemeinen hiernach verfahren wird. Sollten in Einzelfällen trotzdem für berechtigt erachtete derartige Abzüge von den Steuerbehörden nicht zugelassen werden, so steht es den Steuerpflichtigen frei, mittels der gesetzlichen Rechtsmittel die Veranlagung anzugreifen.“

Falls in irgend einem Veranlagungsbezirk der Abzug für Arbeitskleidung allgemein verweigert sein sollte, wäre mir Mitteilung hierüber erwünscht.

Nach der geltenden Fassung des Einkommensteuergesetzes und der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts sind dagegen die Gewerkschaftsbeiträge nicht abzugsfähig. Sie fallen nicht unter die im § 8, 1—5 des Einkommensteuergesetzes als abzugsberechtigt aufgeführten Beiträge zu den behördlichen Verwaltungen, sind auch nicht nach § 8 II 3 a. a. D. zum Abzug zugelassen, weil sie dem zu ihrer Entrichtung Verpflichteten keinen klagbaren Anspruch auf bestimmte, in den Rahmen jener gesetzlichen Vorschriften fallende Vorteile gewähren und können endlich auch nicht nach § 8 I 1 als allgemeine Werbungskosten in Betracht kommen, weil sie nicht unmittelbar der Erwerbung, Sicherung oder Erhaltung des Quellenertrags dienen. Die gewünschte Ausdehnung der Abzugsfähigkeit auf die Gewerkschaftsbeiträge kann daher nicht vom Finanzminister im Verwaltungswege, sondern nur im Wege der Abänderung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eingeführt werden. Ob das angängig ist, wird bei Gelegenheit einer Abänderung des Einkommensteuergesetzes erwogen werden.

(gez.) Dr. S i b e r u m.

Keine Wiedereinführung der Sommerzeit. Von der Kriegs-„Erntegenossenschaft“ der Sommerzeit werden wir in diesem Jahre und hoffentlich auch in späteren Zeiten verschont bleiben, nachdem die Nationalversammlung deren vom Reichsstatistikkommissar betriebene Wiedereinführung ablehnte.

Abrechnungen.

Das erste Quartal 1919 haben abgerechnet:
 Augsburg 758.81, Bayreuth 779.—, Brandenburg 368.30, Chemnitz 423.15, Kaufbeuren 183.48, Memmen 252.08, Passau 136.93, Regensburg 289.23, Rittau 235.38 Mk.
 S. L o b a h l.

Nachruf.
 Am 29. März verstarb nach längerer Krankheit unser langjähriger Kollege
Josef Wagg
 im Alter von 52 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihn,
 Die Zahlstelle Kaufbeuren.

Die nächste Nummer der „Solidarität“ erscheint am 3. Mai 1919. — Redaktionsbüro am 28. April 1919.